



## N i e d e r s c h r i f t

über die VIII/009/HaFi Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Haupt- und  
Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 13.07.2011

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:01 Uhr

Anwesend:

### **Ausschussvorsitzender**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Karsten Köchling  
Frau Janne Oberdieck ab 18:00 Uhr  
Frau Lisa Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss Vertreter für Frau Janne Oberdieck  
bis 18:00 Uhr

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller  
Herr Thomas Heinen  
Frau Ursula Schlößer  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Dr. Norbert Stapper Vertreter für Frau Andrea Stamm

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut Vertreter für Frau Dr. Doris Schröder-Weber

### **parteilos**

Frau Lilo Friedrich

**es fehlen entschuldigt**

Herr Benjamin Daniel Kenzler  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber  
Frau Andrea Stamm

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Herr Manfred Hein  
Herr Max Herrmann  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Eckhard Macherey bis TOP ö 7  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Herr Robert Ullrich bis TOP ö 7  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

**Schriftführerin**

Frau Anke Bitsch

**TAGESORDNUNG**

**I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.05.2011 VIII/0624
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Annahme einer Schenkung VIII/0613
6. Auflösung der Anton-Schwarz-Schule, städtische Gemeinschaftshauptschule VIII/0582
7. Stellungnahme der Stadt Monheim am Rhein zur geplanten VIII/0627

TDI-Anlage der Bayer Material Science in Dormagen

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 8.    | Schulgebäude und Turn-/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein   | VIII/0576 |
|       | Statusbericht über die öffentlich-private Partnerschaft (PPP) für die Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgebäude und Turn-/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein |           |
| 9.    | Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS)  | VIII/0570 |
| 10.   | Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011_2012  | VIII/0598 |
| 11.   | Schwerbehinderte Menschen bei der Stadt Monheim am Rhein - Ausgleichsabgabe   | VIII/0577 |
| 12.   | Erneuerung der Miet- und Serviceverträge für Drucker im Zeitraum 2012 - 2016  | VIII/0621 |
| 13.   | Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"   | VIII/0626 |
| 14.   | Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale an die BSM - Allgemeine Vorschrift gemäß § 11 a ÖPNVG NRW (Satzung)  | VIII/0620 |
| 15.   | Finanzbericht für die Gesamtverwaltung zum Stichtag 31.05.2011  | VIII/0622 |
| 16.   | Mündliche Mitteilungen  |           |
| 16.1. | Standortwechsel des Verbandswasserwerks   |           |
| 16.2. | Stadtteilmanagement im Berliner Viertel   |           |
| 17.   | Mündliche Anfragen  |           |
| 17.1. | Fahrplan an der Haltestelle Grevelhaus  |           |
| 17.2. | Schulempfehlungen   |           |

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

**Protokoll:**

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er schlägt die Änderung der Tagesordnung dahingehend vor, dass TOP 13 vorgezogen und als TOP 7 beraten wird. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die vorgeschlagene Änderung.

#### **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2011 zur Kenntnis.

#### **3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.05.2011**

**Vorlage: VIII/0624**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

#### **4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

**Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

#### **5 Annahme einer Schenkung**

**Vorlage: VIII/0613**

**Protokoll:**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion merkt an, dass die Neugestaltung des Nord-Süd-Grünzuges an der Brandenburger Allee derzeit ruht und äußert die Befürchtung, dass die Baumaßnahmen das Septemberfest gefährden könnten.

Die Verwaltung erklärt, dass der Termin des Septemberfestes beachtet würde und die Flächen so vorbereitet würden, dass die Stände und Fahrgeschäfte errichtet

werden können.

### **Beschlussempfehlung**

Die Stadt nimmt die zweckgebundene Schenkung der GAGFAH-Stiftung „Mensch und Wohnen“ in Höhe von 43.000 00 € für den Aufbau eines Kleinkinderspielfplatzes im Bereich der Lichtenberger Straße an.

**einstimmig zugestimmt**

## **6 Auflösung der Anton-Schwarz-Schule, städtische Gemeinschaftshauptschule Vorlage: VIII/0582**

### **Protokoll:**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt nach, ob die unter Ziffer 2 Erwähnung findende Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld noch aktuell sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Vereinbarung solange aktuell bleibe, wie die Hauptschule in der Landesverfassung vorgesehen sei. Diese Möglichkeit eines Hauptschulbesuchs müsse, unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage, aufrecht erhalten bleiben. Von den 17 an der Anton-Schwarz-Hauptschule angemeldeten Kindern seien nun 4 an Langenfelder Hauptschulen angemeldet. Weitere 12 seien an der Realschule angemeldet worden und das verbleibende Kind sei inzwischen verzogen.

Weiterhin weist die Verwaltung darauf hin, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung in § 2 noch um die Pro-Kopf-Pauschale zu ergänzen sei. Der Betrag, der nun feststünde, beläufte sich auf 1.616 €. Im Vergleich dazu würden die Schulbetriebskosten pro Kind in Monheim am Rhein 1.585,27 € betragen. Die von Langenfeld geforderte Pauschale sei demnach angemessen.

Warum die Zahlung einer Pro-Kopf-Pauschale erfolgen müsse, sei nicht einleuchtend, so der Sprecher der FDP-Fraktion. Schließlich würden auch Kinder aus Langenfeld oder Hitdorf die Monheimer Schulen besuchen, ohne dass eine Kostenerstattung erfolge.

Der Unterschied liege darin, dass die Schulen derzeit Kinder aus anderen Gemeinden ablehnen könnten, erläutert die Verwaltung. Da jedoch das Recht auf den Besuch einer Hauptschule in der Landesverfassung verankert sei, müsse ausgeschlossen werden, dass die Langenfelder Hauptschulen Kinder aus Monheim am Rhein die Aufnahme verwehren. Die Einpendler aus anderen Gemeinden in Monheim am Rhein haben dagegen keinen Anspruch auf Aufnahme an Monheimer Schulen. Um einen Anspruch auf Aufnahme zu erreichen, würde die öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen. Danach sei die Stadt Langenfeld verpflichtet, die Kinder aus Monheim mit dem Hauptschulangebot zu versorgen. Dafür erhebe sie im Gegenzug die Kostenpauschale. Ähnliches sei bei den Förderschulen geschehen. Die Langenfelder Förderschüler würden nun auch die Förderschule in Monheim am Rhein besuchen und dafür Kosten erstatten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass er erfahren habe, dass 2 Kinder nicht

angemeldet worden seien und bittet um Angabe, ob entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden seien, um die Kinder ordnungsgemäß zu beschulen.

Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, vor Beginn des Schuljahres einzugreifen, so der Bürgermeister. Eine Schulanmeldung könne nicht erzwungen werden. Die Verwaltung könne und würde erst dann tätig, wenn die Schulpflicht verletzt werde. Zudem sei es zum jetzigen Zeitpunkt nicht immer zuverlässig nachzuvollziehen, ob tatsächlich eine Anmeldung erfolgt sei, insbesondere, wenn dies in anderen Gemeinden der Fall gewesen sei.

Es werde seitens der CDU-Fraktion nicht bestritten, dass die Auflösung der Anton-Schwarz-Hauptschule aufzuhalten sei. Jedoch sei es merkwürdig, dass genau 1 Schüler der Mindestanforderung fehle, die darüber entscheide, ob die Schule weiterbetrieben oder aufgelöst werden müsse, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Verwaltung merkt an, dass Handlungsdruck bestehe und eine zügige Lösung gefunden werden müsse. Des Weiteren sei die Einzügigkeit von Hauptschulen nicht vorgesehen, sondern diese sollen zweizügig geführt werden. Schon aus diesem Blickwinkel sei die Anton-Schwarz-Schule auch mittelfristig nicht zukunftsfähig. Im Rahmen des Ausbaus des Offenen Ganztages seien auch 2 Mal Zuschüsse beim Ministerium beantragt worden, die jedoch abgelehnt worden seien, da die Zweizügigkeit nicht gesichert sei.

### **Beschlussempfehlung**

1. Die städtische Gemeinschaftshauptschule Anton-Schwarz-Schule wird beginnend ab dem Schuljahr 2011 / 2012 sukzessive aufgelöst.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Basis des beigefügten Entwurfes, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld zu schließen.

**einstimmig zugestimmt**

## **7      Stellungnahme der Stadt Monheim am Rhein zur geplanten TDI-Anlage der Bayer Material Science in Dormagen Vorlage: VIII/0627**

### **Protokoll:**

Die Beratung dieser Vorlage wird vorgezogen, da die Stellungnahme am heutigen Tage bis 24:00 Uhr bei der Bezirksregierung in Köln eingereicht werden müsse, so der Bürgermeister.

Zum Inhalt führt der Bürgermeister aus, dass der Neubau der TDI-Anlage seitens der Verwaltung nicht abgelehnt würde. Die Sicherheitsrisiken der neuen Anlage seien wesentlich geringer, auch wenn die Produktionsmenge ansteigen würde. Allerdings seien seitens der Bayer Material Science AG die Belange der Stadt Monheim am Rhein zu berücksichtigen, die in einem 6-Punkte-Katalog niedergelegt worden seien.

### **Beschlussempfehlung**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Entwurf der Einwendungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der TDI-Anlage der Bayer Material Science AG zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme der Bezirksregierung Köln fristgemäß zuzuleiten.

**einstimmig zugestimmt**

## **8 Schulgebäude und Turn-/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein**

### **Statusbericht über die öffentlich-private Partnerschaft (PPP) für die Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgebäude und Turn-/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein**

**Vorlage: VIII/0576**

#### **Protokoll:**

Die Verwaltung führt die Vorlage aus und weist darauf hin, dass sie für Nachfragen gerne zur Verfügung stehe. Auch könnten dem Vergabebericht weitere Details entnommen werden.

Der Sprecher der FDP-Fraktion bittet um Angabe, ob es eine Entwicklung im Bezug auf die Turnhalle und die damit verbundene Möglichkeit zum Stattfinden von Veranstaltungen an der Winrich-von-Kniprode-Schule gebe.

Die erforderlichen Umbaumaßnahmen um die Turnhalle auch als Veranstaltungsraum nutzen zu können seien sehr kostspielig, so der Bürgermeister. Ob diese Investition getätigt werden solle, sei im Ausschuss noch zu diskutieren. Als Übergangslösung bestehe die Möglichkeit in das Bürgerhaus auszuweichen. Aber auch das nahegelegene Pfarrheim der St. Dionysius-Kirchengemeinde könne genutzt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion äußert, dass die Winrich-von-Kniprode-Schule grundsätzlich der Sanierung bedürfe. Dies sei bereits seit Jahren bekannt. Beispielhaft seien der Hausschwamm-Befall im Keller und der Austausch der Fenster genannt.

Der Bürgermeister merkt an, dass bereits viel investiert worden sei. Bezüglich der Turnhallen sei eine grundsätzliche Prüfung und Planung angedacht.

Die Sporthalle der Wilhelm-Busch-Schule sei äußerlich in sehr schlechtem Zustand, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion.

Es werde nach einer dauerhaften Lösung gesucht, sobald die Gestaltung der Kindertagesstätte abgeschlossen sei, so die Verwaltung. Hierbei solle es sich nicht lediglich um einen Außenanstrich handeln, sondern eine Maßnahme, die Vandalismus dauerhaft verhindern solle.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass seitens der Frakti-

on noch konkrete Fragen bestehen, die schriftlich eingereicht würden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

## **9 Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS)**

**Vorlage: VIII/0570**

### **Protokoll:**

Der Bürgermeister weist auf die Stellungnahme des Personalrates hin, die am heutigen Tage verteilt wurde.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Stellungnahme, welche Absichten bezüglich der Trägerschaft in der Armin-Maiwald-Schule bestehen würden.

Im Rahmen der strategischen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts sei besprochen und beschlossen worden, dass mittelfristig die Standorte Hermann-Gmeiner-Schule und ehemals Geschwister-Scholl-Schule dahingehend überprüft werden sollen, ob eine Überführung von der städtischen in eine freie Trägerschaft möglich und sinnvoll sei. Dieses Thema sei auch ausführlich mit dem Personalrat besprochen worden. Ziel sei es, für die beiden Standorte an der Armin-Maiwald-Schule den Offenen Ganztags zusammenzuführen. Die Schülerzahlen am Standort Geschwister-Scholl-Straße gehen immer weiter zurück, so dass es sinnvoll sei, einen gemeinsamen Träger zu finden. Dies solle nach Meinung der Verwaltung die evangelische Kirche sein, die bereits am Standort Humboldtstraße tätig sei. Der Personalrat würde hingegen eine städtische Trägerschaft begrüßen.

### **Beschlussempfehlung**

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2011/2012 bis 2013/2014 wird - unter der Voraussetzung, dass
  - a) das Land Nordrhein-Westfalen sich mindestens im bisher festgeschriebenen Umfang an den Kosten der OGS beteiligt und
  - b) die dafür erforderlichen Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan B veranschlagt sind und die Investitionsdringlichkeitsliste für das jeweilige Haushaltsjahr durch die Aufsichtsbehörde genehmigt ist- in der vorliegenden Form verabschiedet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die OGS Gruppen analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
  - Schuljahr 2012/2013 – bis zu 675 Plätze
  - Schuljahr 2013/2014 – bis zu 750 Plätze
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

**einstimmig zugestimmt**



**10            Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011\_2012**  
**Vorlage: VIII/0598**

**Beschlussempfehlung**

Die vorgelegte Entwicklungsplanung 2011/2012 für die städtischen Kinderspielplätze soll gemäß der Sachdarstellung der Verwaltung umgesetzt werden.

**einstimmig zugestimmt**

**11            Schwerbehinderte Menschen bei der Stadt Monheim am Rhein - Ausgleichs-**  
**abgabe**  
**Vorlage: VIII/0577**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung über die Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten bei der Stadt Monheim am Rhein zur Kenntnis.

**12            Erneuerung der Miet- und Serviceverträge für Drucker im Zeitraum 2012 -**  
**2016**  
**Vorlage: VIII/0621**

**Protokoll:**

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob es möglich sei, mit anderen kreisangehörigen Städten zu kooperieren und dadurch günstigere Konditionen zu erzielen.

Eine Kooperation sei derzeit nicht möglich. Dafür lägen 2 Gründe vor, so die Verwaltung. Zum einen passen die zeitlichen Vertragslaufzeiten der einzelnen Städte nicht überein und zum anderen seien die Konditionen, die beispielsweise die Stadt Mettmann zusammen mit dem Kreis Mettmann erzielt habe nicht so gut, dass hier eine Zusammenarbeit lohnenswert sei. Man verspreche sich durch die europaweite Ausschreibung deutlich geringere Kosten.

**Beschlussempfehlung**

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum 1.2.2012 einen neuen Miet- und Wartungsvertrag für Multifunktionsgeräte (incl. Kopierfunktion) und Drucker mit einer 5jährigen Laufzeit abzuschließen.

Die erforderliche europaweite Ausschreibung ist durchzuführen.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"**  
**Vorlage: VIII/0626**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilung zum Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zur Kenntnis.

**14 Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale an die BSM - Allgemeine Vorschrift gemäß § 11 a ÖPNVG NRW (Satzung)**  
**Vorlage: VIII/0620**

**Protokoll:**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob es richtig sei, dass für die Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale 12,5 % seitens der Stadt Monheim am Rhein einbehalten würden. Dies sei ein sehr hoher Betrag insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei den Bahnen der Stadt Monheim um einen Zuschussbetrieb handele.

Die Verwaltung erläutert, dass grundsätzlich das Recht bestehe, 12,5 % einzubehalten. Jedoch sei durch die Satzung geregelt, dass keine Einbehaltung erfolgt, sondern 100 % zur Auszahlung kämen.

**Beschlussempfehlung**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage beigefügte allgemeine Vorschrift zur Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale gemäß § 11 a Absatz 2 Satz 6 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) als Satzung.

**einstimmig zugestimmt**

**15 Finanzbericht für die Gesamtverwaltung zum Stichtag 31.05.2011**  
**Vorlage: VIII/0622**

**Protokoll:**

Die Verwaltung erläutert den Finanzbericht und weist auf die zur Verfügung gestellten Erläuterungen des Städte- und Gemeindebundes hin.

Auf Seite 3 zum Bereich Kinder, Jugend, Familie sei von „Rückforderungen aufgrund neuer Rechtsprechung“ die Rede, so die Sprecherin der SPD-Fraktion und bittet um nähere Erläuterung.

Die Verwaltung führt aus, dass die Kostenzuständigkeit bei Zuzügen sehr komplex sei, insbesondere dann, wenn die Elternteile getrennt seien, Sorgerechtsdifferenzen bestünden und in verschiedenen Städten wohnen würden. Hier habe sich zwar nicht die gesetzliche Grundlage geändert, jedoch ergebe sich immer wieder durch die Rechtsprechung eine Zuständigkeitsänderung.

Der Sprecher der Fraktion Peto äußert Erstaunen darüber, dass der Finanzbericht ebenfalls auf Seite 3 in den Erläuterungen des Bereichs Jugend, Kinder, Familie die Aussage enthalte, dass 360.000 € innerhalb des Bereichs aufgefangen werden können. Die weitergehenden Erläuterungen auf Seite 6 enthalten einen Hinweis, dass diese Einsparungen aufgrund der geänderten Rechtsprechung erzielt werden können.

Zunächst seien weniger Personalkosten entstanden als ursprünglich geplant, erklärt die Verwaltung. Insbesondere ergebe sich durch die geänderte Rechtsprechung in einigen Fällen, dass andere Jugendämter zuständig seien und nicht mehr die Stadt Monheim am Rhein und daher auch Gelder zurückgefordert werden könnten.

Auf Seite 6 sei erwähnt, dass es zum Thema Leistungsorientierte Bezahlung nach wie vor keine Einigung mit dem Personalrat gebe. Die Sprecherin der SPD-Fraktion frage, was mit dem nicht ausgeschütteten finanziellen Mitteln geschehe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gelder zur Hälfte jährlich an die Beschäftigten ausgezahlt und die andere Hälfte angespart würden. Die bisher angesparten Beträge würden nicht verfallen, sondern zur Auszahlung kommen, wenn eine entsprechende Dienstvereinbarung abgeschlossen worden sei.

Der Finanzbericht für die Gesamtverwaltung zum Stichtag 31.05.2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

## **16 Mündliche Mitteilungen**

### **16.1 Standortwechsel des Verbandswasserwerks**

#### **Protokoll:**

Die Verwaltung weist daraufhin, dass die für die Ratssitzung am 20.07.2011 verteilte Vorlage „Standortwechsel des Verbandswasserwerks“ durch eine aktualisierte Version in dieser Woche ersetzt wird und bietet an, für weitere Auskünfte im Rahmen der Fraktionssitzungen zur Verfügung zu stehen.

### **16.2 Stadtteilmanagement im Berliner Viertel**

#### **Protokoll:**

Es sei gut vorstellbar, dass Stadtteilmanagement im Berliner Viertel wieder zu aktivieren, so der Bürgermeister. Seitens der LEG wurde grundsätzliche Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung signalisiert. Um weitere Details festzulegen, wird es in Kürze eine weitere Gesprächsrunde geben.

## **17 Mündliche Anfragen**

### **17.1 Fahrplan an der Haltestelle Grevelhaus**

#### **Protokoll:**

Ratsherr Goller merkt an, dass an der Haltestelle Grevelhaus noch ein überholter Fahrplan der Buslinie 233 aushängt.

Der Bürgermeister sichert zu, einen entsprechenden Hinweis an die Bahnen der Stadt Monheim weiterzuleiten.

### **17.2 Schulempfehlungen**

#### **Protokoll:**

Die CDU-Fraktion bittet um Vorlage einer Statistik, die Daten darüber enthält, welche Schulempfehlungen die in den letzten 5 Jahren in der Peter-Ustinov-Gesamtschule eingeschulten Kinder, insbesondere die Kinder aus anderen Kommunen, erhalten haben. Die Vorlage der Zahlen bis zur Ratssitzung wäre wünschenswert.

---

Daniel Zimmermann  
Vorsitzender

---

Anke Bitsch  
Schriftführerin